

**Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin**

| | |
|--|---|
| Ausschussbetreuender Fachbereich Umwelt und Technik | Datum 28.02.2003 |
| | Schriftführer Telefon-Nr. Hans-Jörg Fedder 02202/141382 |
| Niederschrift | |
| Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr | Sitzung am Donnerstag, 6. Februar 2003 |
| Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach | Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:00 Uhr - 22:35 Uhr |
| | Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) 19:20 Uhr - 19:33 Uhr |
| Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis | |
| Tagesordnungspunkt | |
| Inhalt | |

A Öffentlicher Teil

1. **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit**
Seite 4
2. **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 04.12.2002 – öffentlicher Teil**
Seite 4
3. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 04.12.2002 - öffentlicher Teil**
74/2003 *Seite 5*
4. **Mitteilungen des Vorsitzenden**
Seite 5
5. **Mitteilungen der Bürgermeisterin**
hier: Übernahme der Kosten für die Nutzung von Trauerhallen nach BSHG
60/2003 *Seite 5*

- | | | |
|------------|---|--------------------|
| 6. | Bau des neuen Busbahnhofes in Bergisch Gladbach hier: Vorstellung der Planung 27/2003 | <i>Seiten 5 ff</i> |
| 7. | Sachstandsbericht zur Umstellung des Gebührenmaßstabs für Regenwasser 77/2003 | <i>Seite 11</i> |
| 8. | Ergebnisse der Fluglärmmessungen 39/2003 | <i>Seiten 12 f</i> |
| 9. | Sachstandsmitteilung Lärminderungsplanung 42/2003 | <i>Seite 13</i> |
| 10. | Landschaftsplan Nr. 4 "Mittlere Dhünn", 1. förmliche Änderung "NSG Dhünn- naue" hier: Frühzeitige Beteiligung der Träger öffentlicher Belange 78/2003 | <i>Seite 13</i> |
| 11. | Auflistung der 2002 gefällt und gepflanzten stadteigenen Bäume 40/2003 | <i>Seiten 13 f</i> |
| 12. | Straßenbauprogramm 1999 hier: Straßenausbau Weyerhardt 67/2003 | <i>Seite 14</i> |
| 13. | Straßenbauprogramm 2001/2002 hier: Straßenausbau: Am Vorend 41/2003 | <i>Seiten 14 f</i> |
| 14. | Straßenbauprogramm 2002 hier: Straßenausbau Ferrenbergstraße 65/2003 | <i>Seite 15</i> |
| 15. | Ausbau der Straßen Kastanienallee, Waldgürtel, Föhrenweg und Eichenhain- allee (zwischen Kastanienallee und Parkstraße) 55/2003 | <i>Seite 15</i> |
| 16. | Straßenbauprogramm 2003 63/2003 | <i>Seiten 16 f</i> |
| 17. | Kanalbaumaßnahmen 2003 76/2003 | <i>Seite 17</i> |

- 18. Anregungen gemäß § 24 GO NW**
hier: Anregung vom 30.05.2002 zur Verbesserung des Hochwasserschutzes im Bereich Gronau und Gierath/Schlodderdich
Antragsteller: a) "Rettet den Dännekamp - Bürgerverein e. V.", Herr Kurt Mantau, Gierather Str. 94a, 51469 Bergisch Gladbach
b) Bürgerverein Gierath-Schlodderdich e. V., Herr Hans Mittler, Gierather Wald 21, 51469 Bergisch Gladbach
47/2003 *Seiten 17 f*
- 19. Anträge der Fraktionen**
- 19.a Parksituation Asselborner Weg**
Antrag der CDU-Fraktion vom 28. 11. 2002
70/2003 *Seite 18*
- 19.b Geschwindigkeitsbeschränkung In der Auen**
Antrag der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN vom 06. 01. 2003
43/2003 *Seiten 8 ff*
- 20. Anfragen der Ausschussmitglieder** *Seiten 18 ff*

A Öffentlicher Teil

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Herr Kremer, eröffnet die 23. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr in der sechsten Wahlperiode des Rates der Stadt Bergisch Gladbach und stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Frau Ryborsch beantragt für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN,

- den Arrangeurvertrag zum Cross-Border-Leasing (CBL) nicht nur nichtöffentlich, sondern teilweise auch im öffentlichen Teil zu behandeln. Dies betreffe die Diskussion der Gründe für die Einführung des CBL in Bergisch Gladbach und die Frage, was ein Arrangeurvertrag sei. Eine solche Diskussion solle wegen der zu diesem Thema erschienen Bürger am Anfang der Tagesordnung geführt werden;
- den Antrag ihrer Fraktion zum Thema „Zone 30 In der Auen“ ebenfalls wegen des Publikumsinteresses vorzuziehen.

Der Vorsitzende begrüßt den zweiten Vorschlag und spricht sich für eine Beratung hinter dem Tagesordnungspunkt A 6 aus. Dem zweiten Vorschlag widerspricht Herr Kremer jedoch, da es hierfür an einer geeigneten Vorlage mangle. Der Vorschlag könne aber in der nächsten Sitzung als Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN auf kurze Aussprache zum CBL behandelt werden.

Nach eingehender Diskussion beantragt Herr Waldschmidt für die SPD-Fraktion die Vertagung des Punktes in die nächste Sitzung unter Aufteilung in eine öffentliche und eine nichtöffentliche Vorlage.

Eine öffentliche Beratung dieses Themas soll in der nächsten Ausschusssitzung erfolgen.

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst folgende

Beschlüsse: (in getrennter Abstimmung jeweils mit zehn Stimmen der CDU-Fraktion gegen acht Stimmen der übrigen Fraktionen)

1. Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN wird abgelehnt.
2. Der Antrag der SPD-Fraktion wird abgelehnt.

2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 04.12.2002 – öffentlicher Teil

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 04.12.2002 – öffentlicher Teil

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

4 Mitteilungen des Vorsitzenden

Der Vorsitzende, Herr Kremer, trägt keine Mitteilungen vor.

**5 Mitteilungen der Bürgermeisterin
hier: Übernahme der Kosten für die Nutzung von Trauerhallen nach BSHG**

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

Mündliche Mitteilungen werden nicht vorgetragen.

**6 Bau des neuen Busbahnhofes in Bergisch Gladbach
Hier: Vorstellung der Planung**

Herr Fenner vom Büro Fenner • Steinhauer • Weißer erläutert die Planung des Busbahnhofes in Bergisch Gladbach.

Herr Kremer bedankt sich für den Vortrag.

Herr Dr. Fischer fragt nach Einzelheiten, insbesondere dem Zweck der Pergola. Er erklärt, dass er sie für ziemlich teuer halte und verweist darauf, dass es sich im Vergleich zum Busbahnhof Bensberg um ein neues Element handele.

Hierzu erläutert Herr Fenner, es handele sich um ein neues zentrales Element, welches den Wartebereich, den zentralen Busbahnhof und den Stadtplatz miteinander verbindet. Das Publikum könne entlang der Pergola gefahrlos die beiden Übergangsbereiche queren. Auch stelle sie einen Wetterschutz und eine Raumbegrenzung dar. Die Planung sei so kostengünstig wie möglich erfolgt; es handele sich um eine Stahlkonstruktion mit Lackierung und leicht gefärbten Dächern.

Herr Waldschmidt hält im Sinne der Umsteigequalität einen wettergeschützten Übergang zwischen S-Bahn und Busbahnsteigen für sinnvoll. Er sehe aber nicht die Möglichkeit, zu den Bussteigen 8 – 14 trockenen Fußes zu gelangen.

Seine Fragen beantwortet Herr Fenner dahingehend, dass die Bussteige 1 – 7 der am meisten frequentierte Umsteigebereich sei. Die Bahn werde ein eigenes Dach für die S-Bahn bauen. Es sei aber unklar, wann dieses Dach gebaut würde. Eine zusätzliche Überdachung des Zebrastreifens halte er auch aus Kostengesichtspunkten für nicht vertretbar.

Auf Nachfrage Herrn Waldschmidts erläutert Herr Fenner, dass der Übergang zwischen den Bussteigen 1 – 7 und der S-Bahn barrierefrei sei. Ein Höhenunterschied bestehe entlang der Pergola. Jeweils an den Enden und im mittleren Bereich seien behindertengerechte Übergänge. Auch zwischen den Bussen sei eine barrierefreie Querung möglich.

Herr Wenzel hält als Fahrradabstellplatz eine Überdachung für sinnvoller als Spei-

chenklemmer. Weiterhin hält er mehr als zwei Stellplätze für Gelenkbusse für erforderlich.

Herr Becher von der Stadtverkehrsgesellschaft weist wegen des Einsatzes von Gelenkbussen auf die Abstimmung mit den Verkehrsbetrieben hin. Bislang würden Gelenkbusse auf den Linien 227, 426 und als Schulbusse eingesetzt, allerdings nicht für jede Fahrt. Der der S-Bahn nächstgelegene Gelenkbusplatz sei der Ankunftsplatz für alle in Bergisch Gladbach endenden Linien. Die Fahrgäste würden dort aussteigen, bevor die Busse in den Wartebereich weiterfahren. Diese Plätze würden – auch von den durchfahrenden Linien – also nicht ständig blockiert.

Herr Fenner erklärt, dass es für Fahrradabstellplätze inzwischen modernere Lösungen gebe als die Speichenklemmer.

Herr Dr. Kassner kritisiert für die CDU-Fraktion die Kürze der Vorlage. Er hätte es für besser gefunden, die Planung in Schriftform zu erhalten.

Frau Ryborsch beantragt für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, den heutigen Vortrag nur als erste Beratung zu verstehen und sowohl Haupt- als auch Fachausschuss nochmals mit der Angelegenheit zu befassen.

Herr Hagen lehnt für die CDU-Fraktion eine Vertagung ab, da bei einer Vertagung keine fristgerechte Ausschreibung mehr möglich sei.

Herr Dr. Fischer hält es für die F.D.P.-Fraktion für eine Zumutung, in der heutigen Sitzung eine Entscheidung zu verlangen. Bis zur Ausschusssitzung lagen die Pläne nicht vor. Seine Fraktion behalte sich weitere Schritte nach den Bestimmungen der Gemeindeordnung vor, sollte es aufgrund dieser Pläne zu einer Ausschreibung kommen.

Herr Schmickler weist darauf hin, dass er in dieser Angelegenheit von allen Seiten zur Eile gedrängt wurde. Die Erstellung des Planes sei wegen der schwierigen Abstimmungen mit einem besonders großen Aufwand verbunden gewesen. Er appelliere daher für eine Entscheidung in der heutigen Sitzung. Die Pläne seien auch nicht ganz neu. Die Grundkonzeption sei bereits im Rahmen eines B-Planes beschlossen worden und lag verschiedenen Diskussionen im Hauptausschuss zugrunde. Der Verkehrsgutachter habe im Planungsausschuss ebenfalls aufgrund dieser Pläne vorgetragen.

Herr Wenzel weist für die Fraktion KIDinitiative darauf hin, dass der vorgelegte Plan Grundlage der Ausschreibung sein solle. Bei einem Projekt dieser Größe halte er es für unmöglich, ohne fraktionsinterne Besprechung eine Entscheidung zu treffen. Daher sei er für eine Vertagung.

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst folgenden

Beschluss: (mehrheitlich mit 14 Stimmen der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion gegen vier Stimmen der übrigen Fraktionen)

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN wird abgelehnt.

Auf Anfragen Herrn Hagens erklärt Herr Kurz, die Bahn habe trotz mehrerer Terminzusagen bislang keinen Förderantrag gestellt, obwohl Stadt und Bahn ihre Planungen aufeinander abgestimmt hätten. Die Bezirksregierung habe bislang wegen der ge-

meinsamen Planung immer eine vorrangige Bewilligung angedeutet. Für den 07.02.2003 sei ein weiteres Abstimmungsgespräch vereinbart. Um einen ebenerdigen Übergang zwischen S-Bahn und Bussen zu ermöglichen, müsse die Bahn das Gleis um 20 cm absenken. Damit wäre auch ein behindertengerechter Ein- und Ausstieg in die S-Bahn gewährleistet. Gleichwohl habe er die Hoffnung, gemeinsam mit der Bahn zu bauen. Ziel sei, Ende März 2004 die Baumaßnahme zu beenden. Nach dem bestehenden Zeitplan sei dies möglich. Signalplanungen können erst nach Vorlage der Belastungszahlen erfolgen. Die Belastungszahlen sollen jedoch beide Projekte erfolgen. Vorträge für die weiteren Planungen seien für die nächste Sitzung angepeilt. Herr Fenner erläutert die beabsichtigte Verkehrsführung.

Auf Anfrage Herrn Jungs verweist Herr Fenner auf die entsprechende Verkehrsuntersuchung für die Stationsstraße um festzustellen, ob und ggfs. wo Ampelanlagen erforderlich seien. Ziel sei eine möglichst geringe Zahl regulativer Maßnahmen. An einer ggfs. erforderlichen Ampel würden die Busse Vorrang erhalten. Sonderbusse von Reiseveranstaltern stehe ein Stellplatz am Ende der Pergola zur Verfügung. Dies sei auch mit den Verkehrsunternehmen so abgestimmt.

Frau Ryborsch bemängelt, die Planung werde heute erstmalig vorgestellt. Unter diesen Voraussetzungen halte sie es für selbstverständlich, dass es sich nur um eine Beratung, aber nicht um eine Entscheidung handle. Ihre Fraktion werde im Falle einer Entscheidung die Aufsichtsbehörde einschalten.

In der Sache befürchte sie, dass die Pergola wartenden Fahrgästen Platz wegnehme. Die Behindertengerechtigkeit halte sie nur für mittelprächtigt gelöst. Frau Ryborsch erinnert daran, dass ehemals eine überdachte Fahrradstation angedacht worden sei. Bei einer Verlagerung der Taxis in die Poststraße befürchte sie Schwierigkeiten mit dem Verband der Taxiunternehmer.

Herr Fenner verweist darauf, die Aufstellung der Taxis sei mit allen Taxiunternehmen beraten und über die vorgetragene Aufstellung Einvernehmen erzielt worden. 138 Fahrradabstellplätze würden nicht überdacht. Im Wartebereich der Busse stehe eine größere Fläche für überdachte Fahrradboxen zur Verfügung.

Die Pergola werde 20 cm breit und nehme wartenden Passagieren keinen Platz weg. Zwischen den Stützen würden Sitzplätze vorgesehen.

Herr Schmickler erläutert nochmals die Beratungsfolge.

Auf Anfrage Herrn Wenzels erklärt Herr Fenner, die Aufstellung der Ampeln entspreche einer Empfehlung der Verkehrsplaner. Zusätzliche Ampeln würden zur Behinderung des Busverkehrs führen.

Herr Dr. Kassner verweist darauf, dass der neue Busbahnhof aus vertraglichen Gründen im Jahr 2004 fertig gestellt und der bestehende Busbahnhof in diesem Jahr abgerissen werden müsse. Daher sehe er für die CDU-Fraktion die Notwendigkeit, den Zeitplan einzuhalten und einen Beschluss zu fassen.

Herr Dr. Steffen fragt nach den Kosten für die Pergola; seine und verschiedene Fragen nach überdachten Fahrradständern beantwortet Herr Fenner dahingehend, dass die Kosten für alle Überdachungen mit Fundamenten rund 800.000 € betragen werden. Die Kosten für überdachte Fahrradständer habe er nicht ermittelt; solche Fahrradständer seien aber sehr teuer. Er könne überdachte Fahrradständer an der von den Fragestellern vorgeschlagenen Stellen aus stadtgestalterischen Gründen nicht empfeh-

len.

Herr Dr. Fischer möchte wissen, ob die Kosten der Pergola ein Drittel der angegebenen 800.000 € ausmachen würden. Weiterhin fragt er nach einem Zeitplan, der die Dringlichkeit der Angelegenheit erkennen lasse.

Herr Schmickler erläutert diesen Zeitplan. Derzeit laufe ein Teilnahmewettbewerb. Mitte März sollen die Ausschreibungsunterlagen versendet und der Auftrag im Mai vergeben werden. Die Arbeiten sollen Anfang Juni beginnen können, um die Erdarbeiten vor dem Winter weitgehend beenden zu können. Im März 2004 sollen die Arbeiten abgeschlossen sein, sodass der Umzug des Busbahnhofes zum Fahrplanwechsel 2004 abgeschlossen sein könne.

Der Vorsitzende, Herr Kremer, bedankt sich bei Herrn Fenner für den Vortrag.

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig bei einer Enthaltung der F.D.P.-Fraktion und ohne Teilnahme der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN an der Abstimmung)

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr stimmt der vorgestellten Planung zu.

Frau Ryborsch erklärt, die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN habe an der Abstimmung nicht teilgenommen, da die Beratungsfolge nicht korrekt eingehalten wurde und dieser Punkt nicht abstimmungsreif und –fähig sei.

**19.b Geschwindigkeitsbeschränkung In der Auen
Antrag der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN vom 06. 01. 2003**

Frau Ryborsch begründet den Antrag ihrer Fraktion.

Herr Widdenhöfer fasst nochmals die bisherigen Beratungen zusammen und erklärt, ihm sei heute der Beschluss des Petitionsausschusses mit einem Begleitschreiben des Ministeriums für Verkehr, Energie und Landesplanung auf dem Dienstweg zugegangen. Aus Sicht des Ministeriums bestätige der Beschluss des Petitionsausschusses die bisherige Vorgehensweise der Stadt. Infrage kämen streckenbezogene Geschwindigkeitsbeschränkungen „30 km/h“ in den Bereichen zwischen der Aufpflasterung am Klärwerk und Stadtgrenze sowie zwischen dem Bahnübergang und der Aufpflasterung an der Einmündung der Immanuel-Kant-Straße. Die Polizei sei weiterhin der Auffassung, letztere Beschränkung sei zu lang und vom Bahnübergang aus nur auf eine Strecke von 300 m zulässig. Er sei jedoch der Auffassung, mit der Aufpflasterung an der Immanuel-Kant-Straße (Streckenlänge 510 m) einen sauberen Abschluss zu haben. Für die übrige Strecke gebe es keine Rechtsgrundlage für ein streckenbezogenes Tempo 30, da weder ein Unfallschwerpunkt noch eine Gefahrenstelle vorläge. Hinsichtlich der Empfehlung, in einen konstruktiven Dialog einzutreten, verweist Herr Widdenhöfer auf die bisher stattgefundenen Gespräche und den geführten Schriftwechsel. Die Straßenverkehrsbehörde sei weiterhin zu einem konstruktiven Dialog bereit, der jedoch aus rechtlichen Gründen die Beibehaltung der Zone 30 nicht zum Inhalt haben könne.

Herr Wenzel erinnert für die Fraktion KIDinitiative an seinen Vorschlag, anstelle einer Zone 30 für die gesamte Strecke eine streckenbezogene Geschwindigkeitsbeschrän-

kung anzuordnen. Seine in der Sitzung im AMG angeführten Gründe würden immer noch gelten.

Herr Widdenhöfer begründet unter Zitierung des Petitionsreferates, warum dies nicht möglich sei. Eine Ermessensentscheidung über die Einrichtung einer Zone 30 gebe es nicht. Auch für die Anordnung einer Geschwindigkeitsbeschränkung müsse er die einschlägigen Rechtsgrundlagen beachten.

Herr Dr. Fischer erklärt für die F.D.P.-Fraktion, die Ausarbeitung des Petitionsausschusses enthalte auch politische Gesichtspunkte, die eine einvernehmliche Regelung mit den Anliegern fordern würden. Die Zeitersparnis durch eine teilweise Zulassung von 50 km/h rechtfertige nicht, die Tempo 30 Zone aufzuheben. Auch hätten weder Bundes- noch Landesregierung die erkennbare Absicht, gegen das Weiterbestehen der Zone 30 vorzugehen. Insofern sehe er sehr wohl einen Ermessensspielraum der Verwaltung, von der Stadtgrenze bis zur Straßenbahn eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h anzuordnen. Er beantragt deren Anordnung. Einen Straßenausbau halte er jedoch nicht für erforderlich.

Herr Waldschmidt erklärt, die SPD-Fraktion sei auch weiterhin aus den bekannten Gründen für die Beibehaltung der Zone 30. Dies schließe bauliche Maßnahmen mit geringfügigen finanziellen Mitteln ein. Sollten sich 2004 andere politische Mehrheiten unter Einschluss der SPD ergeben, würde die Zone 30 wiederhergestellt.

Von mehreren Bürgern wisse er, dass nur ein Gespräch in dieser Angelegenheit geführt wurde. Insofern befürworte er einen konstruktiven Dialog.

Herr Widdenhöfer weist darauf hin, dass die Straßenverkehrsordnung zum 01.01.2001 geändert wurde und die Straßenverkehrsbehörden zu einer Überarbeitung ihrer Tempo 30-Zonen verpflichtet worden seien. Dieser Pflicht sei die Verwaltung im Juni 2001 durch eine Vorlage für diesen Ausschuss nachgekommen. Die Verwaltung sei in der Vergangenheit in den Verkehrsbesprechungen mehrfach darauf hingewiesen worden, die Zone 30 „In der Auen“ zu ändern. Insofern sei die Darstellung in der Stellungnahme des Petitionsausschusses irreführend.

Herr Dr. Kassner verweist auf den Beschluss dieses Ausschusses aus dem vergangenen Jahr und spricht sich für eine kurzfristige streckenbezogene Geschwindigkeitsbeschränkung aus. Der Petitionsausschuss habe klargestellt, es gebe weder einen Ermessensspielraum noch einen Bestandsschutz für bestehende Zonen 30. Auch durch bauliche Maßnahmen sei eine Zone 30 nach Einschätzung des Petitionsausschusses in der Straße In der Auen nicht möglich.

Frau Ryborsch beantragt, die Verwaltung möge innerhalb der nächsten zwei Wochen ein konstruktives Gespräch mit der Bürgerinitiative führen sowie auf der ganzen Strecke zwischen Klärwerk und B55 30 km/h einrichten.

Herr Schmickler bekräftigt, die Straßenverkehrsbehörde würde sich einer streckenbezogenen Lösung nicht verweigern, wenn das notwendige Einvernehmen mit den Aufsichtsbehörden hergestellt werden könnte. Davon sei aber nicht auszugehen.

Herr Widdenhöfer verweist nochmals auf die in dieser Angelegenheit geführten Gespräche. Auch die Bürgermeisterin habe sich sehr viel Zeit für Gespräche u. a. mit Vertretern der Bürgerinitiative genommen.

Herr Schneeloch hält es für entscheidend, dass durch einen geringfügigen Ausbau der

Straße In der Auen die Voraussetzungen für eine Zone 30 geschaffen werden können.

Herr Schmickler bekräftigt, dass alle Aufsichtsbehörden die Rechtsposition der Stadt bestätigt hätten; auch der Petitionsausschuss sei zu keinem anderen Ergebnis gekommen. Diese Rechtsauffassung könne auch durch Diskussionen nicht geändert werden.

Auf Anfrage Herrn Dr. Fischers erklärt Herr Schmickler, in Rösrath würde dieselbe Rechtsgrundlage herangezogen wie für das Teilstück in Refrath. Das von Herrn Dr. Fischer zitierte Protokoll des Anhörungstermins gebe lediglich eine momentane Einschätzung wider. Darüber hinaus stehe es jedem Ratsmitglied im Rahmen der Akteneinsicht frei, sich mit den Stellungnahmen der Aufsichtsbehörden zu befassen.

Herr Dr. Kassner beantragt für die CDU-Fraktion, diese Angelegenheit nunmehr zu beenden und den bereits bestehenden Beschluss zur Aufhebung der Zone 30 schnellstmöglich umzusetzen.

Herr Schneeloch verweist auf ein einer früheren Vorlage beigelegtes Schreiben der Bezirksregierung Köln, nach der diese gegen eine Handhabung der Zone 30 im Interesse der Anlieger nicht vorgehen würde. Dies räume der Verwaltung einen Spielraum ein, den diese aber nicht nutzen wolle.

Herr Widdenhöfer verweist nochmals auf die dieser Einschätzung entgegenstehenden Stellungnahmen der Aufsichtsbehörden, nach der eine Zone 30 in der Straße In der Auen unzulässig sei. Die Straßenverkehrsordnung sei innerhalb des Stadtgebiets einheitlich anzuwenden.

Das von Herrn Schneeloch genannte Urteil fuße in der Tat auf der alten Rechtslage; die Grundsätze des Beschlusses würden aber immer noch gelten. Dies betreffe insbesondere die Feststellung, dass der Unkundige nicht erkennen könne, sich in einer Zone 30 zu befinden. Dies sei auch durch den Beschluss des Petitionsausschusses bestätigt worden.

Frau Ryborsch wiederholt für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN ihren dahingehend geänderten Antrag, dass

1. mit der Bürgerinitiative ein konstruktives Gespräch geführt wird und
2. für die gesamte Strecke 30 km/h gelte.

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst folgende

Beschlüsse: 1. (einstimmig)

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, die Verwaltung möge mit der Bürgerinitiative ein konstruktives Gespräch führen, wird angenommen.

2. (mehrheitlich mit zehn Stimmen der CDU-Fraktion gegen acht Stimmen der übrigen Fraktionen)

Der Antrag der F.D.P.-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, für die gesamte Strecke zwischen der Straße Lustheide und der Stadtgrenze an der Straße Beningsfeld 30 km/h anzuordnen, wird abgelehnt.

3. (mehrheitlich mit zehn Stimmen der CDU-Fraktion gegen acht Stim-

men der übrigen Fraktionen)

Der Antrag der CDU-Fraktion festzustellen, diese Angelegenheit sei nunmehr erledigt, und den bereits bestehenden Beschluss zur Zone 30 „In der Auen/Beningsfeld“ schnellstmöglich und zügig umzusetzen, wird angenommen.

Die Sitzung wird von 19.20 Uhr bis 19.33 Uhr unterbrochen.

7 Sachstandsbericht zur Umstellung des Gebührenmaßstabs für Regenwasser

Der Vorsitzende, Herr Kremer, schlägt vor, den Tagesordnungspunkt

B 5: Ausgleichsflächenkonzept

in die nächste Sitzung zu verschieben. Dieser Vorschlag fand das Einverständnis des Ausschusses.

Die Fragen des Herrn Dr. Steffen von Herrn Wagner dahingehend beantwortet, dass die durch Fehlläufe verursachten Kosten durch das Ingenieurbüro abgedeckt würden. Der Stadt seien keine finanziellen Schäden entstanden.

Mit dem Ingenieurbüro wurde ein enger Zeitplan ausgearbeitet und als Grundlage schriftlich bestätigt. Die sei in der Vorlage dargestellt. Auch aufgrund der Rückläufe seien keine Abweichungen vom Zeitplan zu befürchten.

Herr Sterzenbach beantwortet Herrn Schneelochs Fragen dahin gehend, dass der Ingenieurvertrag die Haftung nicht auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit beschränkt. Alle zur Verfügung stehenden rechtlichen Mittel wurden bei den Verhandlungen mit dem Ingenieurbüro eingesetzt; ein einvernehmliches Ergebnis wurde erzielt. Die Verwaltung halte dies immer noch besser, als Prozesse zu führen.

Herr Dr. Fischer kritisiert die Verfahrensweise des Ingenieurbüros und hält es für verwunderlich, dass die Missstände nicht früher aufgefallen sind. Zumindest hätte er eine Entschuldigung allen falsch angeschriebenen Bürgern gegenüber erwartet. Zukünftig sollte in allen ähnlichen Verträgen auf die besondere Empfindlichkeit der Bürger im Verhältnis zur Verwaltung hingewiesen werden, um solche Fehler zu vermeiden.

Herr Sterzenbach ist der Auffassung, Verwaltung und Ingenieurbüro hätten flexibel reagiert. Die bei weitem meisten Betroffenen hätten nach dem Kontakt mit Verwaltung oder Ingenieurbüro ihre Zufriedenheit zum Ausdruck gebracht.

Herr Dr. Ries erläutert die Hintergründe der überflüssigen Schreiben und weist darauf hin, das Ingenieurbüro arbeite seit einigen Jahren zur beiderseitigen Zufriedenheit mit der Stadt zusammen. Die angefallenen zusätzlichen Kosten würden vom Ingenieurbüro übernommen. Für die aufgetretenen Fehler bittet er um Entschuldigung.

Herr Schmickler weist darauf hin, dass es im weiteren Verfahren keine Pauschal-schreiben mehr, sondern nur noch Einzelfallschreiben geben werde.

8 Ergebnisse der Fluglärmmessungen

Frau Bierganns erläutert die Vorlage.

Herr Kremer bedankt sich für den Vortrag.

Frau Kreft fragt nach den Kosten der Messstation und äußert die Auffassung, nach den derzeitigen gesetzlichen Bestimmungen hätten die Messungen keinerlei Auswirkungen für die Bürger. Weiterhin möchte sie wissen, ob die Verwaltung wegen der Unterschiede in den Messergebnissen beim Flughafen nachgefragt habe.

Herr Sterzenbach gibt die jährlichen Betriebskosten mit ca. 34.500 € an. Die Betreuung erfolge durch ein anerkanntes Gutachterbüro, um unangreifbare Ergebnisse zu erzielen. Die Messstation wurde für etwa 32.000 € beschafft.

Der Wert der Messungen läge darin, dass mit den Ergebnissen über die Fluglärmkommission Einfluss durch Empfehlungen genommen werden könne.

Die Messungen am ersten gewählten Standort sind mit dem Ergebnis abgeschlossen worden, dass sich der Verdacht auf grobe Unterschiede in den Messergebnissen bestätigt habe. An einem zweiten Standort würden derzeit bis in den Sommer Messungen durchgeführt werden. Sodann erfolge eine erneute Vorlage, die auch die Frage behandle, wie mit den Messergebnissen umgegangen werde.

Auf Nachfrage Frau Krefts erklärt Herr Sterzenbach, es gebe eine vertragliche Bindung an das Ingenieurbüro. Frau Bierganns ergänzt, der Vertrag ende am 31.03. dieses Jahres. Die Kosten für die Messstation hätten für das Jahr 2002 etwa 35.000 € und für die Folgejahre erkennbar weniger – etwa 24.000 € jährlich – betragen. Die Betreuungskosten für das Büro würden bei etwa 15.000 € für das verbleibende Jahr 2003 (9 Monate) liegen.

Frau Ryborsch sieht den Nutzen der Messungen als erwiesen an. Bislang habe die Stadt in Richtung eines kompletten Nachtflugverbotes keine Erfolge erzielt. Die Messergebnisse sehe sie als Schritt in die richtige Richtung an. Gerade die Einzelschallereignisse würden die Nachtruhe der Betroffenen erheblich stören. Sie sehe durch die vorgestellten Ergebnisse ihren Verdacht bestätigt, dass durch den Flughafen der Fluglärm schöngeredet werde. Daher bitte sie die Bürgermeisterin, dies in der nächsten Sitzung der Fluglärmkommission zur Sprache zu bringen und über die dortigen Ergebnisse in der nächsten Ausschusssitzung zu berichten.

Insofern spreche sie sich für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN auch für eine Erhaltung der Messstation aus.

Herr Schmickler erklärt, die Bürgermeisterin habe die Absicht, die Ergebnisse in die Fluglärmkommission einzubringen. Über die Angelegenheit werde zu gegebener Zeit wieder im Ausschuss berichtet.

Herr Widdenhöfer verweist auf den Prozess um die von Rösrathern beantragte Änderung der Flugrouten in Richtung Bensberg. Er erklärt, für diesen Prozess wären die Messergebnisse sehr hilfreich gewesen. Der Prozess wäre auch noch nicht endgültig abgeschlossen.

Auf Anfrage Herrn Dr. Fischers erklärt Herr Schmickler, dass ein Abgleich der unterschiedlichen Messergebnisse beabsichtigt ist.

Herr Dr. Fischer empfiehlt, dieses Gespräch frühzeitig zu führen, um Fehler in der Systematik ausschließen zu können.

Herr Dr. Fischer und Frau Bierganns übergeben je eine Übersicht, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt sind.

9 Sachstandsmitteilung Lärminderungsplanung

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

**10 Landschaftsplan Nr. 4 "Mittlere Dhünn", 1. förmliche Änderung "NSG Dhünn-
naue"**

Hier: Frühzeitige Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Herr Sterzenbach verweist auf die verteilten Pläne.

Herr Kierspel erbittet einen klareren Plan, aus dem parzellenscharf der Geltungsbereich der Änderung hervorgeht. Dieser Plan wird ihm vorgelegt. Aus diesem Plan ergibt sich, dass Herr Kierspel nicht befangen ist.

Frau Kreft schließt sich dieser Kritik an und bittet darum, die Pläne einsehen zu dürfen oder bessere Pläne der Niederschrift beizufügen.

Für Herrn Dr. Kassner stellt sich die Frage, ob in der textlichen Festsetzung zur Umsetzung Ökopunkte erreicht werden könnten.

Herr Schäfer weist zur Anmerkung Herrn Kierspels darauf hin, dass nur die Stadt Bergisch Gladbach betroffen sein könne, da es sich um einen Landschaftsplan des Rheinisch-Bergischen Kreises handle und die Stadt Leverkusen eigene Pläne aufstellt. Die SPD-Fraktion begrüße ein Schutzgebiet an dieser Stelle, auch wenn die neue Abgrenzung nicht ganz klar sei. Umfangreiche Verbesserungen für das Öko-Konto hält er nicht für möglich, da ein Schutzgebiet an sich schon einen hohen Wert habe.

Herr Dr. Steffen unterstützt die Auffassung Herrn Schäfers und weist darauf hin, dass es sich eigentlich nur um eine formale Änderung handle. Es gehe hier nur um eine mögliche Änderung der FFH-Richtlinie. Da im Änderungsgebiet nichts FFH-würdiges liege, brauche die Stadt in der Tat keine Stellungnahme abzugeben.

Herr Schmickler erklärt, die Grenzen des Naturschutzgebietes würden sich nicht ändern. Änderungen gebe es nur innerhalb des Naturschutzgebietes. Es handle sich jetzt auch um ein FFH-Gebiet. Die Ausweisung diene dazu, europäische Vorschriften umzusetzen.

Auswirkungen auf das Öko-Konto wurden mit dem Ergebnis geprüft, dass keine Verbesserungen zu erzielen sind. Bereiche, die über Naturschutzmittel finanziert würden, könnten ohnehin nicht für das Öko-Konto herangezogen werden.

Es wären auch nicht alle Naturschutzgebiete im Planbereich betroffen, sondern nur die Bereiche, die nach der FFH-Richtlinie gemeldet wurden.

11 Auflistung der 2002 gefälltten und gepflanzten stadteigenen Bäume

Herr Schäfer bittet um stärkere Berücksichtigung heimischer Gehölze.

Herr Sterzenbach erklärt, dies würde in jedem Einzelfall geprüft. Allerdings seien nicht für alle Standorte heimische Gehölze geeignet.

Herr Dr. Steffen fragt nach den Kriterien für die Auswahl der Ersatzpflanzungen.

Herr Sterzenbach verweist auf die Bestimmungen der Baumschutzsatzung; entscheidend wären auch die Entwicklungschancen am jeweiligen Standort.

Herr Dr. Fischer schlägt unter Hinweis auf beabsichtigte Standardreduzierungen vor, solche Vorlagen nicht mehr so detailliert abzufassen, sondern häufiger Summen zu bilden.

Herr Sterzenbach verweist darauf, dass die gewählte Vorlagenform einem Wunsch des Ausschusses entspreche.

12 **Straßenbauprogramm 1999**
hier: Straßenausbau Weyerhardt

Herr Hardt erläutert die Vorlage und weist darauf hin, die Straße sei nach der Herstellung der Kanalgrundstücksanschlüsse so gut wiederhergestellt worden, dass die Verwaltung von einem Ausbau zunächst absehe. Da in den nächsten Jahren nicht mit gravierenden Unterhaltungsarbeiten gerechnet werden müsse und angesichts der Haushaltslage schlage die Verwaltung vor, den endgültigen Ausbau zu verschieben.

Herr Wolfgarten spricht sich für die CDU-Fraktion für eine Verschiebung aus. Es müsse jedoch den Beitragspflichtigen klar sein, dass auf den Ausbau damit nicht endgültig verzichtet werde. Wichtig sei ihm auch, dass in den nächsten Jahren keine erhöhten Reparaturkosten anfallen würden. Womöglich ergebe sich dann auch hinsichtlich der Grunderwerbsverhandlungen ein anderes Bild.

Dies sagt Herr Hardt zu. Die Anwohner würden über die geänderte Beschlusslage informiert.

Frau Ryborsch regt wegen der Haushaltslage beim Straßenausbau generell Standardreduzierungen an. Besonders in kleineren Straßen mit wenigen Anliegern könne z. B. auf Gehwege verzichtet werden.

Dieser Vorschlag wird von Herrn Dr. Fischer unterstützt.

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Der Straßenausbau Weyerhardt wird unter Beachtung der Ausführungen der Verwaltung verschoben.

13 **Straßenbauprogramm 2001/2002**
hier: Straßenausbau: Am Vorend

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr beschließt, die Straße Am Vorend zwischen dem Haus Nr. 37 und der Altenberger-Dom-Straße im Separationsprinzip auszubauen.

14 **Straßenbauprogramm 2002**

hier: Straßenausbau Ferrenbergstraße

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr beschließt die Erneuerung der Ferrenbergstraße in der vorgelegten Form.

15 Ausbau der Straßen Kastanienallee, Waldgürtel, Föhrenweg und Eichenhainallee (zwischen Kastanienallee und Parkstraße)

Herr Dr. Fischer spricht sich für die F.D.P.-Fraktion für eine Verschiebung der Maßnahme aus, da es sich um reine Anliegerstraßen handele und größere Ausbesserungsarbeiten nicht ersichtlich seien.

Herr Wolfgarten spricht sich gegen diesen Vorschlag aus. Der Föhrenweg sei als einzige Straße dieses Bereiches noch nicht zum Ausbau beschlossen worden. Die CDU-Fraktion stimme der Vorlage zu.

Herr Hardt erinnert an den damaligen Grundsatzbeschluss für das gesamte Gebiet einschließlich Waldgürtel und Eichenhainallee. Die Bürgerinformation sei für die jetzt anstehenden Straßen durchgeführt und um den Föhrenweg ergänzt worden. Waldgürtel und Kastanienallee müssten mittlerweile wöchentlich ausgebessert werden.

Bei der Straße Föhrenweg handele es sich um eine Anliegerstraße. Mit ihrem Ausbau würden Synergieeffekte genutzt, die letztlich auch den Anliegern zugute kämen.

Herr Dr. Steffen befürwortet für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN den einfachsten möglichen Ausbau.

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr beschließt den Ausbau der o.g. Straßen wie folgt:

Die Straßen Kastanienallee, Föhrenweg, Waldgürtel und Eichenhainallee (zwischen Kastanienallee und Parkstraße) werden unter Beibehaltung des heutigen Straßenbildes ausgebaut.

Der Föhrenweg wird gemäß der u. g. Planänderung ausgebaut.

16 Straßenbauprogramm 2003

Frau Ryborsch verweist für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN auf die unbefriedigende Situation an der Haltestelle „Markt“. Bereits vor einiger Zeit habe Herr Schmickler Abhilfe versprochen.

Herr Schmickler bestätigt dies. Es gebe inzwischen Pläne für diesen Bereich und ein Konzept für eine Überdachung. Bislang wurde allerdings kein Zuschuss bewilligt.

Die Maßnahme würde aber so bald wie möglich umgesetzt.

Herr Dr. Fischer beantragt für die F.D.P.-Fraktion die Vertagung des Tagesordnungspunktes in die nächste Sitzung. Die Verwaltung möge die einzusetzenden Mittel deutlich reduzieren und einzelne Maßnahmen ins Jahr 2004 verschieben.

Herr Hardt ist der Auffassung, dass auf keine Maßnahme verzichtet werden könne. Weder technische Gründe sprächen für eine Verschiebung noch könne durch eine Verschiebung ein haushaltstechnischer Vorteil erzielt werden.

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst folgenden

Beschluss: (mehrheitlich gegen eine Stimme der F.D.P.-Fraktion bei einer Enthaltung der Fraktion KIDinitiative)

Der Vertagungsantrag wird abgelehnt.

Herr Dr. Kassner geht davon aus, dass zumindest einige Straßenbaumaßnahmen in Zusammenhang mit Kanalbaumaßnahmen stehen.

Er weist auf die Möglichkeit hin, nach KAG im Vorgriff auf später zu erhebende Erschließungskosten vorläufige Bescheide zu erlassen. Dann brauche die Stadt nicht den Straßenausbau vorzufinanzieren.

Herr Hardt schränkt dies dahingehend ein, dass eine vorzeitige Abrechnung nur nach Baugesetzbuch (BauGB) und auch nur dann möglich sei, wenn mit der Fertigstellung der Straße innerhalb von vier Jahren zu rechnen sei. Würde nicht so verfahren, könne die Stadt ihre Vorausleistungen verzinsen.

Herr Schmickler erklärt zu einer Frage Herrn Kremers zur Verlegung der Toilettenanlage aus der Nähe des Forums in Richtung Haltestelle Markt, dies sei Bestandteil der Aufgabenkritik. Der Vertrag zum Betrieb der Toilettenanlage wurde gekündigt. Öffentliche Toiletten gebe es am Busbahnhof und im Bergischen Löwen. Letztere sei aufgrund der Kritik auch besser ausgeschildert worden. Während der Öffnungszeiten ständen auch im Rathaus und im Stadthaus Toilettenanlagen zur Verfügung.

Herr Wolfgarten schlägt für die CDU-Fraktion vor, die Verwaltung möge in jedem Fall Vorbereitungen für eine spätere Installation einer Toilettenanlage an der neuen Haltestelle Markt treffen.

Herr Schmickler weist darauf hin, aus städtebaulichen Gründen seien weitere Baumaßnahmen in diesem Bereich ausgesprochen schwierig.

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig bei zwei Enthaltungen der F.D.P.-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr nimmt das Straßenbauprogramm 2003 zur Kenntnis und beschließt seine Realisierung.

Herr Dr. Fischer verweist zunächst auf die falsche Summendarstellung. Bei der baulichen und hydraulischen Sanierung sei der Betrag mit drei Nullen zu viel angegeben worden; die Gesamtsumme betrage 4.062.000 € Die daneben stehenden Beträge bezögen sich nur auf die übrigen Maßnahmen; insofern hätte man besser auf sie verzichtet.

Seine Fragen beantwortet Herr Wagner dahingehend, dass er es nicht für sinnvoll halte, die bauliche und hydraulische Sanierung mit in den Anschlussgrad aufzunehmen. Die Frage nach dem Anteil von Betrieb, Verzinsung und Abschreibung der Investitionen an den Gebühren wird gesondert schriftlich beantwortet.

Herr Wagner erläutert die Vorlage.

Der Vorsitzende bedankt sich für den Vortrag.

Der Ausschuss stimmt der Durchführung der Kanalbaumaßnahmen einstimmig zu.

- 18 **Anregungen gemäß § 24 GO NW**
hier: Anregung vom 30.05.2002 zur Verbesserung des Hochwasserschutzes im Bereich Gronau und Gierath/Schlodderdich
Antragsteller: a) "Rettet den Dännekamp - Bürgerverein e. V.", Herr Kurt Mantau, Gierather Str. 94a, 51469 Bergisch Gladbach
b) Bürgerverein Gierath-Schlodderdich e. V., Herr Hans Mittler, Gierather Wald 21, 51469 Bergisch Gladbach

Der Vorsitzende, Herr Kremer, bedankt sich bei den Antragstellern für die Ausarbeitung.

Herr Schäfer schließt sich für die SPD-Fraktion dem an und weist auf die Problematik hin, dass zu nahe an die Fließgewässer herangebaut würde. Er beantragt, diese Situation für Bergisch Gladbach (Bauten, die näher als 5 m an Gewässer heranreichen) in einer Vorlage darzustellen. Mit den Stadtplanern könnte dann im Rahmen einer Diskussion geklärt werden, wie solche Fehler zu vermeiden seien.

Herr Sterzenbach weist darauf hin, dass diese Vorlage nicht bis zu nächsten Sitzung erstellt werden könne und schlägt vor, diesen Punkt in der übernächsten Sitzung zu behandeln.

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr erklärt sich mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

Herr Dr. Fischer bittet darum, auf den rechtzeitigen Eingang des NA-Berichtes hinzuwirken.

Herr Dr. Steffen fragt nach dem Sachstand des NA-Modells; er bittet um dessen Vorstellung im Ausschuss. Er bittet um die Durchsetzung einiger kurzfristiger Maßnahmen zur Neuen Mühle, zur Verbreiterung des Durchganges an der Gierather Straße und zur Umlegung der Strunde in ihr altes Bett.

Herr Jung weist darauf hin, dass einige Vorschläge des Bürgervereins mit hohen Kosten verbunden seien. Insbesondere verweist er auf den Engpass des Durchlasses an der Gierather Straße. Er möchte wissen, welche preiswerteren Alternativen zu einer Verbreiterung der Brücke bestünden.

Herr Metzen erklärt, dass im Gesamtsystem der Strunde nach Möglichkeit Rückhaltungen geschaffen werden müssten. Dazu würde eine effektivere Steuerung des Beckens Rodemich gehören. Dazu habe der Strundeverband 2001 schon vor der Begehung durch ein Ingenieurbüro eine Ausarbeitung erstellen lassen. Diese sei im Prinzip zu den gleichen Ergebnissen gekommen wie Herr Mantau. Das NA-Modell werde etwa im April oder Mai dieses Jahres vorliegen. Dann würde die Beckensteuerung effektiver gestaltet. Dazu würde ebenfalls eine Untersuchung veranlasst. Von einem Rückhaltebecken an der Romaneyer Straße erwarte er auch eine hydraulische Entlastung.

Eine Brückenerweiterung an der Gierather Straße liege im Zuständigkeitsbereich des Straßenbaus, wobei hier eine seitliche Erweiterung oder eine Wölbung infrage kämen. Eine Tieferlegung sei nicht sinnvoll.

Herr Kremer spricht sich für eine weitere Berichterstattung in dieser Angelegenheit aus.

19 Anträge der Fraktionen

19.a Parksituation Asselborner Weg

Antrag der CDU-Fraktion vom 28. 11. 2002

Auf Anfrage Herrn Wolfgarten erklärt Herr Marx, die Straßenverkehrsbehörde habe inzwischen das erforderliche Anhörungsverfahren durchgeführt. Die Haltverbote wurden heute erweitert, so dass auf der rechten Seite hochfahrend zwischen Johanniterstraße bis zur Einmündung Strassen das Haltverbot besteht.

Herr Hardt ergänzt, dass es im Einmündungsbereich Strassen/Bärbroicher Straße/ Asselborner Weg bis vor einem Jahr Probleme gegeben habe. Zwischenzeitlich sei eine Mittelspur markiert worden, um insbesondere den Linksabbiegern von der Straße Straßen aus in beide Nebenstraßen zusätzlichen Raum zu geben. Hinsichtlich der Unfallsituation und des Verkehrsflusses gebe es keine negative Entwicklung.

Herr Kremer stellt fest, der Antrag sei damit erledigt.

20 Anfragen der Ausschussmitglieder

Frau Kreft:

Die Vergabepaxis hinsichtlich der gelben Säcke sieht so aus, dass man mit dem Abholschein im Bürgerbüro zwei Säcke besorgen kann, wenn man keine anderen gelbe Säcke mehr hat. Das halte ich für zu wenig. Lässt sich dieses Verfahren ändern? Der Personalaufwand für die Ausgabe von zwei Säcken erscheint mir zu hoch. Der erzieherische Zweck wird auch verfehlt, da viele Bürger ihren Müll in die Restmülltonne entsorgen, anstatt sich zwei Säcke zu holen.

Herr Dr. Fischer:

Ich habe vier Fragen:

1. In der Ratsvorlage „Einbringung der Entwürfe Eckpunktepapier/Haushaltssicherungskonzept“ ist der letzten Seite zu entnehmen, dass für die späteren Jahre eine kalkulatorische Verzinsung für das Abwasserwerk in Höhe von 4 Mio. € eingesetzt wurde. Ist dies realistisch? Im Vergleich mit Zahlen aus anderen Quellen ist

das weit überhöht.

Hierzu erklärt Herr Muth, dass es realistische Planrechnungen gebe. Zurzeit werde keine kalkulatorische Verzinsung in der rechtlich möglichen Form erhoben.

2. Uns wurde ein Handlungsrahmen zur Genehmigung von Haushaltssicherungskonzepten vorgelegt. Unter Punkt 9 steht zum Thema Haushaltsreste: „, Noch nicht begonnene Maßnahmen sind zurückzustellen, es sei denn, dass ihre Durchführung auf einer Rechtspflicht beruht. Ersparte Ausgabereste sind abzusetzen. Die Haushaltsresteliste ist dem Rat zur Beratung über die Verwendung der Haushaltsmittel vorzulegen.“ Wird dem Ausschuss kurzfristig eine Haushaltsresteliste mit den noch offenen Maßnahmen vorgelegt? Sie muss offensichtlich Bestandteil der Haushaltsplanberatungen sein. Wenn, dann muss sie kurzfristig vorgelegt werden und nicht erst zum nächsten Ausschuss.

Herr Muth erklärt, die Resteliste solle spätestens Ende nächster Woche dem Rat zugeleitet werden.

3. Gibt es eine Liste konkreter Maßnahmen zur Standardreduzierungen? Diese ist öfter vom Kämmerer angemahnt worden. Kann dem Ausschuss kurzfristig eine solche Maßnahme vorgelegt werden?
4. Ist es möglich, den Hufer Weg auszubessern? Er soll in einem sehr schlechten Zustand sein.

Herrn Hardt ist ein Sanierungsstück am Ende der Bebauung in Richtung Buschhorn bekannt. Dessen Ausbesserung sei für das Frühjahr bekannt. Auf einem Abschnitt von etwa 100 m soll die Decke erneuert werden.

Herr Sprenger:

1. Kann die Einstellung der Fußgängerampel an der Kölner Straße Höhe Klausmann besonders in den Zeiten vor dem Schulbeginn und nach dem Schulende zugunsten der Fußgänger verändert werden? Nach mehrmaliger Aufforderung werden die Wartezeiten so lang, dass die Kinder dort bei Rot die Straße überqueren.
Diese Ampel wurde seinerzeit in die Grüne Welle integriert. Die nächste Ampel dieser Grünen Welle ist am Neuenweg. Aufgrund der vielen Störungen an diesem langen Abschnitt mache eine Koordination keinen Sinn. Derzeit gebe es an der Anlage nur alle 90 Sekunden eine Freigabe für Fußgänger. Sie soll aus der Grünen Welle herausgenommen werden, sodass dann alle 45 Sekunden eine Freigabe erfolgt.
2. Der Kinderspielplatz an der Steinstraße/Kölner Straße ist sehr verwahrlost. Mir ist zu Ohren gekommen, dass er veräußert werden soll. Wie ist der Sachstand?
Hierzu erklärt Herr Schmickler, dass es einen Kaufinteressenten für die Fläche gibt. Der Verkauf wird zurzeit geprüft und ggfs. vorgelegt. Der Spielplatz ist an dieser Stelle nicht erforderlich, weil es in erreichbarer Nähe ausreichend Spielplätze gibt. An der stark befahrenen Straße ist er auch nicht besonders attraktiv.
Herr Hardt ergänzt, dass der Spielplatz seit einigen Jahren nicht mehr existiert.

Frau Reudenbach:

Im Rahmen der Baumaßnahme Lidl/Hammer sollte der Kemperbach renaturiert werden. Wie weit ist die Baumaßnahme fortgeschritten?

Herr Metzen erklärt, dass eine Anfrage an die Stadt Köln gerichtet wurde, die von der Unteren Wasserbehörde gefordert wurde. Es soll geprüft werden, inwieweit Strundewasser dem Kemperbach zugeführt werden darf mit dem Ziel, zur Wiedervernässung des Thielenbruches beizutragen. Die mündlichen Aussagen der Stadt Köln sind ziem-

lich ablehnend. Somit steht die Maßnahme auf der Kippe. Es gibt aber diverse Lösungsvorschläge für den Fall des Scheiterns dieser Maßnahme.

Herr Jung:

Der Kemperbach war eine Ausgleichsmaßnahme für eine Bebauungsmaßnahme. Muss man sich nicht etwas Neues einfallen lassen als Ausgleich?

Herr Metzen verweist darauf, dass ein Teil des Ausgleiches auch in einem Erhalt und einer Aufwertung der Grünzüge bestehen könne. Der restliche Ausgleich könne auch außerhalb des B-Plangebietes erfolgen. Für die Ausgleichsmaßnahme wurde bereits Geld vom Investor hinterlegt.

Herr Schmickler sagt zu, dass der letztendlich umgesetzte Ausgleich ebenso umfangreich ist wie der nicht zum Tragen gekommene.

Frau Reudenbach:

Finden die Ausgleichsmaßnahmen vor Ort statt? Dort ist ein kleines Waldgebiet fortgefallen.

Herr Schmickler weist darauf hin, dass nach Möglichkeit Ausgleichsmaßnahmen nah am Ort des Eingriffs vorgenommen werden.

Der Vorsitzende, Herr Kremer, schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 21.30 Uhr.

(Kremer)
Vorsitzender

(Fedder)
Schriftführer